Nr. 86 2. Ausgabe

Sonntag, 28. März 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13538, 13597, 17100. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2080. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundzeile 12 mm breit M. 1.50, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile 42 mm breit M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 5.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Buchstabenzeile 10 s. G. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 5.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 5.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Einzeln. 2 in den Volksliste. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 1.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Aenderungen in der Ministerliste

+ Berlin, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Die am Sonnabend vormittag festgestellte Liste der Reichsminister hat bereits wenige Stunden später eine Umänderung dadurch erfahren müssen, daß der für das Reichsfinanzministerium in Aussicht genommene Geheimrat Cuno endgültig ablehnte, den Posten zu übernehmen. An seine Stelle tritt der badische Finanzminister Dr. Wirth. Für diesen wiederum übernimmt der bisherige Reichskanzler Bauer das Reichsschatzministerium und Dr. Bell, der sowie so die Geschäfte des Verkehrsministeriums bis zur Abwicklung der eingeleiteten organisatorischen Maßnahmen weiterführen sollte, wird vermutlich in seinem Amt bleiben. Wie verlautet, wird Reichskanzler Müller das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten in kurzer Zeit an eine andre Persönlichkeit abgeben. Dr. Landsberg hatte von Brüssel aus das ihm angebotene Amt entschieden abgelehnt und die Verhandlungen mit Brockdorff-Rantzau wie mit dem früheren Ministerialdirektor Simon waren ergebnislos verlaufen. Die Nationalversammlung tritt nunmehr am Montag vormittag 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der zunächst die Programmrede des neuen Reichskanzlers Müller entgegengenommen wird und die übrigen Punkte der Tagesordnung ohne Debatte erledigt werden sollen. Nach einer kurzen Pause wird alsdann eine zweite Sitzung abgehalten sein mit der politischen Aussprache über die Programmrede beginnen soll. Es ist in Aussicht genommen, sowohl am Dienstag, als auch gegebenenfalls am Mittwoch vormittag zu tagen.

•

Die Umbildung des preußischen Kabinetts

+ Berlin, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Bildung des preußischen Kabinetts ist bisher nicht gelungen. Sie bildete den Gegenstand einer Beratung, die in den heutigen Nachmittagsstunden stattfand und an der die drei Mehrheitsparteien und der Präsident der Landesversammlung teilnahmen. Wie wir hören, ist beabsichtigt, keinen Ministerpräsidenten für Preußen zu ernennen. Finanzminister Südekum wird wahrscheinlich im Amt bleiben. Die Schwierigkeit in der Frage der Ablösung der Oberpräsidenten soll dadurch beseitigt werden, daß die ganze Angelegenheit auf das Reich abgewälzt wird. Wenn auch die übrigen Minister im Amt bleiben, wie es heute scheint, so wäre nur ein einziger aus den Mehrheitsparteien zu ernennen, und für diesen Posten kommt in erster Linie der Abgeordnete Graef-Frankfurt a. M. (Soz.) in Betracht. Die Entscheidung ist aber noch nicht gefallen.

An die Arbeiter und Arbeitgeber in der Landwirtschaft

× Berlin, 27. März

Nachdem der Generalstreik erledigt ist, richtet die Reichsarbeitsgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen die dringende Mahnung an die landwirtschaftliche Arbeiterschaft, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen. Der der Arbeiterschaft aufgezwungene Generalstreik fiel in eine Zeit der dringendsten Bestellungsarbeiten. Wenn das deutsche Volk bestehen will, muß alles geschehen, um die versäumte Arbeit nachzuholen. Dies ist notwendig zur Sicherung der Volksernährung.

Daher ersuchen wir die landwirtschaftliche Arbeiterschaft, soweit nur irgend möglich in den nächsten Wochen Ueberstunden zu leisten. Es handelt sich nicht um eine Verlängerung der üblichen Arbeitszeit, sondern darum, daß über die vertraglich festgelegten Arbeitsstunden hinaus soviel Ueberstunden geleistet werden, als erforderlich sind, um die rückständigen Bestellarbeiten nachzuholen. Daß diese über die vertraglich festgelegte Arbeitszeit hinaus geleisteten Stunden als Ueberstunden bezahlt werden, steht außer allem Zweifel. Wie berichtet wird, sind im Anschluß an die politische Bewegung auch Teilstreiks wegen tariflicher Streitigkeiten ausgebrochen. Wir ersuchen, wegen tariflicher Streitigkeiten nicht in wilde Streiks einzutreten. Diese tariflichen Streitigkeiten müssen auf dem Verhandlungswege erledigt werden. Wo die Verhandlungen durch die politischen Ereignisse eine Unterbrechung erfahren haben, ersuchen wir, dieselben im gegenseitigen Vertrauen unverzüglich wieder aufzunehmen. Ehe zu wirtschaftlichen Kämpfen geschritten wird, die auch nur im Einverständnis mit der Leitung der Arbeitnehmerverbände erfolgen dürfen, müssen erst alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sein.

An die Arbeitgeber richten wir die Mahnung, in Anbetracht der gespannten Lage Verhandlungen mit der Arbeiterschaft und deren Organisationen nicht abzulehnen. Ferner ersuchen wir die Arbeitgeber, keine Kündigungen und Entlassungen wegen politischer oder gewerkschaftlicher Betätigung vorzunehmen. Die in einzelnen Bezirken Deutschlands aus vorgenannten Gründen, auch dann, wenn dies nicht offen ausgesprochen wurde, vollzogenen Kündigungen sollten rückgängig gemacht werden, weil dies dazu beiträgt, in jenen Bezirken eine Beruhigung unter der Arbeiterschaft herbeizuführen.

Reichsarbeitsgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen.
Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen.
Deutscher Landarbeiterverband.
Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter
Reichsverband land- und forstwirtschaftlicher Fach- und Körperschaftsbeamten
Verband der land- und forstwirtschaftlichen Angestellten.

Einberufung der Sozialisierungskommission

+ Berlin, 27. März. Die Sozialisierungskommission ist vom Reichswirtschaftsministerium auf den 30. März einberufen worden. Zu den Besprechungen der Kommission werden Vertreter der Gewerkschaften zugezogen werden. Das Reichswirtschaftsministerium beabsichtigt, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, in der die Befugnisse des Sozialisierungsausschusses festgelegt werden. Der Ausschuß soll u. a. das Recht erhalten, Sachverständige unter Eid zu vernehmen, um sich über besondere Wirtschaftsgebiete klare Bilder verschaffen zu können.

Die Lage im Ruhrrevier

+ Berlin, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage im Ruhrgebiet wird von amtlicher Seite als hoffnungsvoll betrachtet, obwohl viele Aktionsausschüsse und vor allem Truppen der kämpfenden Roten Armee selbst nicht gesonnen scheinen, sich an das Bielefelder Abkommen zu halten. Man hält es offenbar für wahrscheinlich, daß infolge dieses Abkommens zum mindesten eine Zersplitterung der Bewegung erfolgen werde, die nach und nach zu ihrem Zusammenbruch führen muß. Die gegenwärtigen Zusammenstöße werden als ziemlich bedeutungslos angesehen, trotzdem die Beschießung der Stadt Wesel fortdauert. Der Rote Vollzugsrat in Essen hat das dortige mehrheitssozialistische Blatt auf die Dauer von drei Tagen verboten, weil es auf Grund der Bielefelder Beschlüsse für einen Abbruch der Kampfhandlungen eingetreten war.

•

Rückzugbewegung der Roten Truppe

+ Münster, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Infolge des von den Reichswehrtruppen ausgeübten Drucks an der Front bei Wesel und nördlich der Lippe haben bedeutende Teile der Anhänger der U. S. P. und der Mehrheitssozialisten die Rote Front verlassen. Die Verpflegung soll sehr mangelhaft und das Verhältnis zwischen Truppen und Führern ein von Tag zu Tage gespannteres sein. Hamm und Unna sollen bereits von den Roten Truppen geräumt sein, die sich nach Dortmund zurückgezogen haben. Zwischen Haltern und Dorsten sind die Roten hinter die Lippe zurückgegangen. Mit der Säuberung von Coesfeld und Borken ist die Gefahr der völligen Inbesitznahme der Eisenbahn nach Holland beseitigt. An militärischen Stellen sieht man die Lage unbedingt zuversichtlich an.

•

Fortdauer der Kämpfe um Wesel

+ Münster, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) In dem vom Wehrkreiskommando ausgegebenen Tagesbericht heißt es: Wesel wurde von den Roten Truppen erneut mit Artillerie beschossen. Sie stehen an der Lippe-Brücke südlich der Stadt vor und erbeuteten zwei schwere Maschinengewehre und viel Munition. Rote Angriffe auf Winkel wurden abgewiesen. Nach Mitternacht versuchte der Gegner durch einen überraschenden, umfassenden Angriff den Uebergang über die Lippe zu erzwingen. Zusammengefaßtes Maschinengewehr- und Artilleriefeuer zwang ihn aber zu verlustreichem Rückzug. Nach kurzem Kampf nahmen wir ohne eigene Verluste Macksfeld. Der Gegner hatte acht Tote. Ein schweres Maschinengewehr wurde erbeutet. Eine Patrouille, die nach Rhade vorstieß, fand die Gegend vom Feinde frei. Aus Hamm wird von Plünderungen Roter Truppen bei Landwirten gemeldet.

•

Ein belgisches Ultimatum

× Aachen, 27. März. Da mehrere Granaten in die Umgebung des von den belgischen Truppen besetzten Forts Blücher gefallen waren, sandte der belgische Kommandant einen Parlamentär nach Duisburg mit dem Auftrage, der Roten Armee ein Ultimatum zu überreichen. Der Kommandant der Roten Armee entschuldigte sich und erklärte, daß es sich um einen Irrtum handele und der Befehl gegeben worden sei, das Schießen einzustellen.

•

Bolschewistische Diktatur

+ Duisburg, 27. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Vollzugsrat veröffentlicht eine Bekanntmachung, herzufolge die Roten Truppen stürmisch die Weiterführung des Kampfes fordern. Es wurde nach diesem Bericht sofort ein Exekutivkomitee gebildet, dem die gesamte Gewalt übertragen worden ist. Die Kämpfe an der Front würden mit aller Energie weitergeführt. Sämtliche Bankdepots werden für beschlagnahmt erklärt, ebenso alle nicht rationierten Lebensmittel. Die Polizei wird entlassen. Die Pressezensur bleibt aufrechterhalten. Der „Duisburger Generalanzeiger" erscheint als Publikationsorgan der Kommunisten. Der Oberbürgermeister wurde seines Amtes enthoben. Es wird sofort ein Arbeiterrat gewählt. An den Wahlen können sich nur solche Arbeiter beteiligen, die auf dem Boden der Diktatur stehen.

•

Man ist der ewigen Unruhen überdrüssig

+ Berlin, 27. März. (Eig. Drahtbericht.) Der neuen Generalstreikdrohung durch die revolutionären Betriebsräte sieht man in Regierungskreisen ziemlich ruhig gegenüber. Man nimmt an, daß die mittlerweile erfolgte Neubildung des Kabinetts den Hauptteil der Gewerkschaften dem vorherrschenden radikalen Einfluß entziehen wird und auch die Unabhängigen sich trotz der scharfen Sprache der „Freiheit" im wesentlichen mit dem bisher Errungenen begnügen werden. Aber auch die Kommunisten scheinen den Zeitpunkt für eine groß angelegte Aktion nicht für geeignet zu halten. Der aus der Schutzhaft entlassene Kommunistenführer Dr. Levi sprach sich in einer Versammlung der revolutionären Betriebsräte gegen jede Waffenerhebung und gegen die Bildung roter Armeen aus. Grundlegend für diese Haltung der Kommunisten mag die Tatsache gewesen sein, daß sich auf die an allen Straßenecken Berlins klebenden Plakate, die zur Bildung einer roten Armee aufrufen und Werbebureaus angeben, im ganzen nur 66 Mann gemeldet hatten.

•

Die Verluste in Kiel

• Kiel, 27. März. Der Polizeipräsident von Kiel hat eine vorläufige Verlustliste veröffentlicht, die die Namen von 77 Toten und 184 Schwerverwundeten enthält. Die Zahl der Leichtverwundeten beträgt viele Hunderte. 50 Tote wurden gestern unter großer Trauerfeierlichkeit beerdigt. Alle Geschäfte und Restaurationen waren geschlossen und auch die Schulen hatten den Unterricht ausfallen lassen.

•

Lebensmittelversorgung und Folgen des Aufruhrs

+ Berlin, 27. März. (Eig. Drahtbericht.) Beunruhigenden Meldungen gegenüber wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Verhandlungen der Reichsbehörde über die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande, Vieh, Getreide, Fleisch, Fett, und Milch, einen zufriedenstellenden Verlauf genommen haben. Allerdings muß bemerkt werden, daß durch die Unruhen in Westdeutschland die Verhandlungen über die aus Holland einzuführenden Waren außerordentlich erschwert werden. Nicht nur der Bahnverkehr ist sehr unregelmäßig, sondern es muß auch berücksichtigt werden, daß Holland nicht willens ist, die Ausfuhr von Waren zu gestatten, wenn nicht die Sicherheit besteht, daß die Waren in den Besitz der Empfänger gelangen.

•

Die Lage im Magdeburger und Naumburger Bezirk

h. Halle, 27. März. (Eig. Drahtbericht.) Im Regierungsbezirk Merseburg ist noch keine Ruhe eingetreten. Der militärische Befehlshaber in Naumburg, ein Oberstleutnant, hat aus eigener Machtvollkommenheit für die Bezirke Naumburg und Merseburg den verschärften Belagerungszustand verhängt. Darauf haben die Arbeiter in den Bezirken, besonders auf den Leunawerken, Freitag morgen beschlossen, in den Generalstreik zu treten. Durch Eingreifen des Oberpräsidenten Hörsing in Magdeburg ist die Verordnung des Militärbefehlshabers wieder zurückgenommen worden. Auf Anordnung des Garnisonkommandos Halle sind am Freitag 600 Mann Reichswehrtruppen nach Teutschental bei Halle ausgebrochen, weil dort der rote Terror herrscht. Die Vertreter der U. S. P. haben die sofortige Zurücknahme der Truppen verlangt, um erneute Beunruhigung der Mansfelder Kreise zu vermeiden. Eine Abordnung der U. S. P. ist bereits dorthin gereist, um mit den Militärdienststellen zu verhandeln.

•

Die Opfer der Kämpfe

h. Halle, 27. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Verluste der Reichswehrtruppen in Halle einschließlich der Zeitfreiwilligen betragen nach den bisherigen Feststellungen 87 Tote und mehr als 80 Verwundete. An toten Zivilisten waren bis heute vormittag 107 gemeldet. Die Beerdigung der gefallenen Arbeiter findet am Montag um 3 Uhr statt. Von 12 Uhr an soll in den Betrieben am Montag die Arbeit ruhen. — Gestern nachmittag wurden in der Saale die Leichen von zwei Zeitfreiwilligen aufgefunden. Dem einen war die Kehle durchschnitten worden, während der andre einen Halsschuß aufwies.

•

Die Forderungen der Halleschen Arbeiterschaft

+ Berlin, 27. März. (Eig. Drahtbericht.) Amtlich wird mitgeteilt: In Halle ist alles ruhig. Das Militär ist in die Kasernen zurückgezogen worden. Alle Versammlungen, die unter freiem Himmel stattfinden, sind erlaubt. Konzert-, Theateraufführungen, Kinovorstellungen und Tanzvergnügen sind verboten, bis die gemeinsame Bestattung der Opfer der Zusammenstöße erfolgt ist. Unter dem Vorsitz Hörsings fand eine Konferenz mit Vertretern aller Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, statt, bei der folgende Forderungen zur Uebermittlung an die Regierung einstimmig angenommen wurden: 1. Sofortige Einstellung der Verhaftungen, Freilassung aller während der Unruhen Verhafteten, soweit ihnen nicht gemeine Verbrechen zur Last gelegt werden. 2. Zurückziehung der Reichswehr in die Kasernen. Sofortige Einleitung eines Strafverfahrens gegen gegenrevolutionäre Offiziere. Abtransport der auswärtigen Truppen. 3. Auflösung der Freiwilligenkorps auf Grund einer Verordnung Hörsings und Ablieferung ihrer Waffen an die Zivilbehörden. Auflösung der Einwohnerwehren in Halle und im Bezirk Merseburg. 4. Bestrafung der an den Greueln Schuldigen. Amnestie für alle am Kampf gegen die konterrevolutionäre Bewegung Beteiligten. Amnestie für alle politischen Vergehen und Verbrechen in der Zeit vor dem 12. März. — Hörsing hat zugesagt, daß er bei der Regierung in Berlin für diese Forderungen voll eintreten werde.

•

Deutschland muß zunächst geholfen werden

× Amsterdam, 27. März. Die „Westminster Gazette" schreibt in einem Leitartikel: Wenn eine gemäßigte Regierung in Deutschland am Ruder bleiben und Deutschland nicht eine chronische Gefahr für sich selbst und seine Nachbarn werden soll, muß sein Wirtschaftsproblem ernsthaft in die Hand genommen und alle interessierenden Fragen behandelt werden. Eine Stetigkeit könne nicht bestehen, solange der größte Teil des deutschen Volkes sich im Zustande des Elends befinde und solange Deutschland von der Erzeugung und vom Austausche abgeschnitten sei. In der schlimmen Lage, in der sich Europa heute befinde, könne man andern nur dadurch helfen, daß man Deutschland helfe.

* Bern, 27. März. Die politische Krise, in der Deutschland sich befindet, hat in allen Teilen der Schweiz, wie sich aus dem Urteil der führenden Blätter des Landes ergibt, die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer internationalen Rettungsaktion reifen lassen. Die letzten Wochen ängstlicher Spannung haben unzweifelhaft zu dem Ergebnis geführt, daß Deutschland nicht mehr als unterjochter Feind behandelt werden darf, wenn ihm eine lebens- und verhandlungsfähige Regierung erhalten werden soll. Mit größter Aufmerksamkeit wird deshalb das weitere Verhalten Frankreichs beobachtet, da alles davon abhängt, ob die gemäßigte englisch-italienische, oder die noch immer radikale französische Auffassung die Oberhand gewinnt.

Ein Damm gegen die rote Flut

Mögen die Berichte des Generalstabs der Roten Armee vom Niederrhein und aus Westfalen auch teilweise übertrieben sein — so viel steht fest: es gibt eine mit Artillerie, mit schwerem Geschütz ausgerüstete, in jeder Beziehung vorbereitete Armee, die friedliche Städte, wie das kleine, stille Wesel, mit schweren Geschossen bewirft. Und die Führer dieser wilden Bataillone haben die Stirn, angesichts der von ihrem „Krieg" zerrissenen friedlichen Arbeiter von Brüderlichkeit zu sprechen. Sie kämpfen angeblich für die Freiheit und hausen wie die schlimmsten Tatarenen. Die Presse- und Meinungsfreiheit unterdrücken sie, wie es brakonischer keine russisch-zaristische Polizei getan hat. Und am schärfsten unterdrücken sie die Arbeiter, die diese Sorte von Freiheit und Brüderlichkeit nicht gutheißen. Denn die bolschewistische Brüderlichkeit ist auch in Westfalen von der satirisch bekannten Sorte, deren Grundlaut lautet:

Und willst du nicht mein Bruder sein,
So schlag' ich dir den Schädel ein.

Dabei berichten sozialistische Blätter, daß ein erheblicher Teil der Offiziere dieser Roten Armee Russen sind. Verwunderlich klingt das nicht, vielmehr recht wahrscheinlich. Denn die Horden, die plündern, das Privateigentum nach Belieben abschaffen, in Deutschland wie in Feindesland mit Mord und Brand gegen Deutsche wüten, bekehen zweifellos zu einem nicht unerheblichen Teil aus jenen eingewanderten Polen, die schon immer höchst schwierig waren und fremdem Einfluß so viel leichter zugänglich sind. Es mögen auch viele Gläubige sich darunter finden, die noch immer kritiklos die Heilsbotschaften Trotzkis und Lenins in sich aufnehmen. Sie wissen nicht, wie der Moskauer Funkspruch lügt. Wissen nicht, daß die herrlichen Schilderungen von Verbrüderungsfesten und bolschewistischen Paradiesen von der „Propaganda-Abteilung" gedichtet sind und in Wirklichkeit Niegewesenes schildern. Man sollte, anstatt diesen Gläubigen im Stile des guten Giesberts gut zuzureden, ihnen die Tatsachenberichte aus Sowjetrußland vorlegen.

Allmählich erhält man nähere Kenntnis über den Verlauf der siebenten Konferenz aller wirtschaftlichen Sowjets, die in Moskau abgehalten wurde und an der mehr als 200 Vertreter der Bauern, der Konsumgenossenschaften und der industriellen Gruppen sowie die hauptsächlichsten bolschewistischen Führer teilgenommen hatten. Nach einem Bericht aus Helsingfors wird der Präsident des Volkswirtschaftsrates Rikow nach, daß der Gegensatz zwischen Stadt und Land sehr stark bleibt und daß die Bauern die Städte nicht versorgen wollen. Das Getreide verfaule buchstäblich auf den Feldern und die Nationalisierung des Handels habe zu einer schrecklichen Spekulation geführt. Alle Versuche, die Volkswirtschaft auf kommunistischer Grundlage aufzubauen, seien völlig gescheitert. Die Lage der Industrie ist noch ernster. Die Produktion nahm um 70 Prozent ab. Die wenigen Fabriken, die noch arbeiten, tun dies mit solchen Verlusten, daß ihre Produktion nicht einmal ausreicht, um die Löhne der Arbeiter zu bezahlen. Krassin erklärte: „Ich sehe mich zu der Erklärung gezwungen, daß sich das Leben stärker erweist als die kommunistische Lehre, und daß, solange man nicht zugeben wird, daß die Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens unter dem gegenwärtigen Sowjetregime völlig unmöglich ist, ich und alle andern Komitees oder Sowjets nichts tun können." Die Vertreter der kleinen Lokalkomitees erklärten: Die Bauern hassen die bolschewistischen Kommissäre nicht weniger, als sie früher die zaristischen Gendarmen haßten und sie seien über die Korruption, die Brutalität und die Kurzsichtigkeit der lokalen Größen, welche die Regierung unter den ärmsten Bauern auswählte und die nichts sind als Despoten und Banditen, empört. Lenin ergriff nach der Berichterstattung der verschiedenen Delegierten das Wort und führte aus: „Wir müssen in der Volkswirtschaft und der Industrie genau so vorgehen wie bei der Armee. Das Prinzip des Kollektivismus muß dem Regime der Regierung der einzelnen Platz machen. Die Entwicklung der Volkswirtschaft in unserm Lande hat uns dazu gebracht. Die Kollektivleitung der Industrie durch allerlei Sowjets ergibt nicht die schnelle Arbeit, welche nun notwendig ist. Deshalb müssen wir energisch arbeiten, die Befugnisse und Funktionen der Fabrikkomitees vermindern und deren Leitung besonderen Chefs übergeben, die natürlich Bolschewisten sein werden." Daraufhin forderte Trotzki die Militarisierung der Industrie. Der Achtstundentag muß dem Zehn- oder Zwölfstundentag weichen. Die Befugnisse der Betriebsräte müssen erheblich herabgesetzt werden. Der Arbeitspflicht muß von der gesamten Bevölkerung gewissenhaft nachgekommen werden. Ein Fernbleiben von der Arbeit kommt der Desertion gleich und muß streng bestraft werden. Die gesamte Industrie wird durch die Schaffung von Arbeiterarmeen militarisiert werden.

Der bekannte sozialdemokratische Wirtschaftspolitiker Richard Calwer, der auch diese russische Entwicklung vorausgesehen und vorausgesagt hat, weist mit Recht auf die Unbedingtheit dieser Folgen hin: „Der Bolschewismus wollte den Arbeitern das Himmelreich auf Erden bringen. Solange der Kampf gegen den Kapitalismus und die Bourgeoisie sowie den größeren Grundbesitz ging, merkten die Arbeiter nicht die Gefahren, die der Bolschewismus gegen sie heraufbeschwor. Der sachliche Zwang zur Arbeit wurde immer mehr ausgeschaltet, aber gleichzeitig gingen die Ergebnisse der Gütergewinnung in einem Grade zurück, daß Hunger und Elend immer mehr überhandnehmen. Wie sollte man nun die Arbeiter wieder dazu bringen, daß sie nicht nur wieder mehr arbeiteten, sondern daß sie mehr als

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920032802/1